



Protokollauszug

aus der
28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 01.03.2017

öffentlich

Top 11.9 Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016 17/SVV/0156 geändert beschlossen

Diese Beschlussvorlage wurde auf Bitte des Oberbürgermeisters vorab im Hauptausschuss beraten.

Der **Hauptausschuss** empfiehlt, der Beschlussvorlage einschließlich der geänderten Fassung der Seite 2 (Absatz 1 und 2 sowie eine Ergänzung in der Fußnote mit dem Verweis auf den Bericht der Enquete-Kommission) zuzustimmen.

Die geänderte Fassung der Seite 2 wurde den Stadtverordneten mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht.

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Finanzen bringt die Vorlage ein, die nach 4 Redebeiträgen in der vom Hauptausschuss empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt wird:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016 mit folgendem Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei zahlreichen Stimmenthaltungen.



BESCHLUSS
der 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 01.03.2017

Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016
Vorlage: 17/SVV/0156

Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016 mit folgendem Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden __11__ Seiten beigelegt.

Potsdam, den 02. März 2017

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel